

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/4281



JUSOS LV Schleswig-Holstein | Kleiner Kuhberg 28-30 | 24103 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
Postfach 7121
24171 Kiel

Schriftliche Anhörung „Demokratie lebt von Beteiligung“ und „Demokratie lebt von Vertrauen“

Kiel, 14.04.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

einleitend möchten wir uns für die Möglichkeit der schriftlichen Stellungnahme zur aktuellen Diskussion über Wahlbeteiligung bedanken. Wir freuen uns, dass der Landtag das Thema der Wahlbeteiligung fraktionsübergreifend anpacken möchte. Als Jusos Schleswig-Holstein haben wir uns mit der Thematik in den vergangenen Jahren mehrmals beschäftigt, zuletzt im Rahmen einer ausführlichen Debatte über Ursachen von und Handlungsmöglichkeiten zur Bekämpfung von Sozialer Ungleichheit.

Für die Jusos Schleswig-Holstein steht fest, dass die Problematik einer niedrigen und in Teilen abnehmenden Wahlbeteiligung differenziert betrachtet werden muss. Die Sozialwissenschaften können derzeit nur in sehr begrenztem Umfang Antworten auf die Frage anbieten, warum Menschen von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen. Daher sind die von der Fraktion der Piraten in ihrem Änderungsantrag (Drucksache 18/2557) getroffenen Aussagen zur Ursache von Nichtwahl auch überwiegend spekulativ und sollten dergestalt gekennzeichnet werden.

Im Gegensatz zu den Ursachen der Nichtwahl ist eine Aussage darüber, welche Gruppen eine niedrigere Wahlbeteiligung aufweisen und an welchen Orten die Wahlbeteiligung auffallend niedrig/ hoch ist, möglich. Verschiedene Studien weisen auf den deutlichen Zusammenhang von sozialer Situation und Wahlbeteiligung hin.¹

¹ Beispielhaft seien hier genannt: Petersen, Thomas/ Hierlemann, Dominik/ Vehrkamp, Robert B./ Wratil, Christopher: Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013 (Bertelsmann-Studie), 2013 *und* Schäfer, Amin: Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger, in: Bytzek, Evelyn/ Roßteuscher, Sigrid (Hgg.): Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen, Frankfurt a.M. 2011, S. 133-153.

Auch für Schleswig-Holstein lässt sich dieser Zusammenhang feststellen. Am Beispiel der vergangenen Landtagswahl 2012 wird dies besonders deutlich, wenn exemplarisch verschiedene Kieler Stadtteile miteinander verglichen werden. Im Abgleich des Postleitzahlbezirkes mit der höchsten Wahlbeteiligung (Düsternbrook/ Brunswik/ Blücherplatz) und des Postleitzahlbezirkes mit der niedrigsten Wahlbeteiligung (Gaarden), lässt sich eine Differenz von über 30 % feststellen. Dies zeigt in aller Deutlichkeit, dass eine differenzierte Betrachtung der Problematik angebracht ist. Es ist in diesem Beispiel kein Zufall, dass die Wahlbeteiligung in den wirtschaftlich stärkeren Stadtteilen erheblich höher ausfällt, als in den wirtschaftlich schwächeren.

An diesem Beispiel wird daher vor allem deutlich, dass das Problem einer im Mittel nicht zufriedenstellenden Wahlbeteiligung in erster Linie auch ein soziales Problem ist. Aus unserer Sicht wird diese für den weitergehenden Umgang mit der Problematik grundsätzliche Feststellung weder im vorliegenden Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und dem SSW (Drucksache 18/2532), noch im Änderungsantrag der Fraktion der Piraten angemessen berücksichtigt.

Im Folgenden möchten wir auf ausgewählte Maßnahmen aus den Vorschlagslisten der Anträge eingehen:

- Grundsätzlich ist ein **Ausbau von Bürgerbeteiligung** zu begrüßen. Unter Berücksichtigung der obenstehenden grundsätzlichen Erkenntnisse muss allerdings gründlich geprüft werden, inwiefern die soziale Spaltung der politischen Partizipation dadurch verstärkt wird. Verschiedene Studien weisen darauf hin, dass reguläre Wahlen im Vergleich zu anderen Partizipationsformen in der Frage der sozialen Ausgeglichenheit noch am positivsten abschneiden.²
- Wir freuen uns über die Pläne zur **Förderung der Akteure der politischen Bildung**. In der Aufzählung vermissen wir allerdings die politischen Jugendorganisationen. Nicht zuletzt sie sind es, die durch politische Bildungsarbeit auf Landesebene und in den Kreisen und Städten dafür sorgen, jungen Menschen Politik zu erklären und zu vermitteln. Im Unterschied zu anderen Trägern der politischen Bildungsarbeit beziehen sie dabei auch Stellung und geben jungen Menschen die Chance, Einfluss auf reale politische Entscheidungsprozesse zu nehmen. Die mit dem vergangenen Haushaltsplan vorgenommene Erhöhung der Mittel für den Verband politischer Jugend (VPJ) war daher ein wichtiger, aber zugleich auch nur erster Schritt.
- **Schulbesuche und -diskussionen** halten wir für einen wichtigen Baustein. Als Jusos und über den VPJ sind wir bereits bisher vor allem in Wahlkampfzeiten bei zahlreichen Diskussionsrunden und Informationsveranstaltungen an Schulen zu Gast. Zur Beseitigung von Unsicherheiten an den Schulen wäre hinsichtlich solcher Veranstaltungen eine noch deutlichere Informationspolitik der Landesregierung wünschenswert.
- Die stärkere **Verankerung von politischer Bildung im Schulunterricht** ist aus unserer Sicht uneingeschränkt zu begrüßen. Dabei ist für uns wichtig, dass neben der Verankerung des Themas in

² Schäfer, Armin: Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft, 2010.

Lehrplänen, vor allem der Unterrichtszeitraum des Faches Wirtschaft und Politik auf die Sekundarstufe I ausgeweitet wird. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der auch von uns in der Vergangenheit geforderten Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre wäre dies ein wichtiger Schritt.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Niclas Dürbrook

Landesvorsitzender